

Konkrete Vorhaben in Regierungsverantwortung

Margit Jung und Jörg Kubitzki zu Schwerpunkten der künftigen Familienpolitik

Während eines Pressegesprächs am 20. August haben Margit Jung, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und familienpolitische Sprecherin, sowie Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher, Schwerpunkte zur künftigen Familienpolitik vorgestellt. Diese für die kommende Wahlperiode relevanten Ansätze werde die LINKE in Regierungsverantwortung umsetzen, so Margit Jung. Die Spannweite reichte dabei von Kindergärten über den Bildungsbereich bis hin zur Teilhabe von Senioren.

Es gelte, die Kita-Finanzierung aus dem kommunalen Finanzausgleich herauszulösen, betonte Margit Jung. Stattdessen sollen Landeszuschüsse für das Personal zweckgebunden direkt zugewiesen werde. Das führe zu einer besseren Finanzausstattung der Kommunen. Die Linksfraktion strebe an, die Kitas zu Eltern-Kind-Zentren umzuwandeln bzw. weiterzuentwickeln. Das schließe Aspekte der Gesundheitsvorsorge ein. Als Beispiel hob die LINKE-Politikerin die Ernährung hervor: Ziel sei es, eine regionale Versorgung vor Ort zu sichern und Küchen in den Einrichtungen zu erhalten bzw. einzurichten. Das betreffe auch die Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen, hier gebe es starke Berührungspunkte mit Arbeitsmarktkonzepten der Linksfraktion.

Die Fraktion stehe zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes. Außerdem werde die Abschaffung der Stiftung Familiensinn gefordert; Familienpolitik müsse im Landeshaushalt verankert sein, forderte die Abgeordnete. Das betreffe auch eine Rückübertragung von Aufgaben an Ministerien. Für den Schulbereich setze die Linksfraktion auf längeres gemeinsames Lernen und die Gemeinschaftsschule. Grundsätzlich will DIE LINKE Bildung vom

Kindergarten bis zur Hochschule gebührenfrei zugänglich machen. „Als einen ersten Schritt auf diesem Weg wollen wir ein Kita-Jahr gebührenfrei stellen“, sagte Margit Jung.

Eimne Vereinbarkeitsoffensive soll es im Landesdienst geben: Dort, wo DIE LINKE in Regierungsverantwortung direkten Einfluss auf die Arbeitsplatzgestaltung hat – im Landesdienst – soll es eine Vereinbarkeitsoffensive geben.



Dazu gehört, dass bei Bedarf Eltern-Kind-Büros eingerichtet werden, Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle eingeführt werden, die die jeweilige Arbeit mit der Kinderbetreuung – oder auch der Pflege von Angehörigen – vereinbar machen und bei Beförderungen Zeiten der Kinderbetreuung und Pflege nicht mehr negativ zu Buche schlagen.

Neben familiengerechten Arbeitszeiten und Arbeitsplatzmodellen ist es wichtig, Eltern dabei zu unterstützen, nach der Elternzeit wieder problemlos in den Beruf zurückkehren zu können. Hierfür will DIE LINKE einen Rechtsanspruch auf einen Vollzeitarbeitsplatz verankern und andernorts längst vorhandene Modelle umsetzen, mit denen Mütter oder Väter, die dies wollen, über die Entwicklungen an ihrem Arbeitsplatz informiert bleiben. Dazu gehören regelmäßige Weitergabe von

Protokollen, Angebote an Weiterbildungen und Einladungen zu wichtigen Terminen mit dem Angebot an Kinderbetreuung.

Zur Frage der Teilhabe von Senioren bezog sich Jörg Kubitzki vor allem auf Konzepte für den ländlichen Raum. Er sprach sich für die Schaffung von Sozialzentren mit angegliederten Landambulancen aus. Ein neu zu schaffendes Berufsfeld „Koordinator für soziale

Dienste“, finanziert aus einer Sozialpaulschale, sei ein innovativer Ansatz.

Konkrete Vorhaben der LINKEN in Regierungsverantwortung:

- Kindergärten als Bildungseinrichtungen weiterentwickeln
- Novellierung des Kita-Gesetzes
- Ein Kita-Jahr soll zukünftig kostenfrei

gestellt werden

- Ausbau der Kitas zu Eltern-Kind-Zentren
- Aufbau eines Systems der ergänzenden Kindertagesbetreuung
- Abschaffung des Thüringer Erziehungsgeldes
- Mehr Gemeinschaftsschulen und längeres gemeinsames Lernen
- Abschaffung der Landesstiftung FamilienSinn
- Vereinbarkeitsoffensive im Landesdienst
- Wiedereinstieg in den Beruf
- Bessere Unterstützung Alleinerziehender
- Gleichstellung von Thüringer Pflegeeltern mit jenen in anderen Bundesländern
- Bessere Teilhabe von Seniorinnen und Senioren

VON A BIS Z:

Lebensmittelskandal

Im Zusammenhang mit dem dänischen Lebensmittelskandal, der seine Kreise nun bis Deutschland gezogen hat, forderte die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der LINKEN, Diana Skibbe, die umgehende Einführung gesetzlicher Mindeststandards der Lebensmittelkennzeichnung. „Jeder Verbraucher muss sofort eindeutig erkennen können, wo die Lebensmittel produziert, verarbeitet und abgepackt wurden.“

Neben Herkunft und Lieferwegen sei auch der vollständige Nachweis aller Bestandteile der Lebensmittel einschließlich der Zusatzstoffe notwendig. „Hinsichtlich der Kennzeichnung werden gerade bei importierten Lebensmitteln Mindeststandards oft nicht eingehalten. Auch gestaltet sich deren Kontrolle schwierig, da regional agierende Lebensmittelkontrollen sicher keinen direkten Zugriff auf Produzenten und Händler im Ausland haben, andererseits fehlt es an der einheitlichen Produkt-Kennzeichnung. Mit der umgehenden Einführung gesetzlicher Mindeststandards der Lebensmittelkennzeichnung werden die Verbraucher besser informiert. Verbindliche und einheitliche Festlegungen hinsichtlich der Kennzeichnung ermöglichen eine effektivere Lebensmittelkontrolle von Importprodukten und damit auch frühzeitiges Handeln im Krisenfall.“

Notwendig sei zudem eine generelle Verstärkung der Kontrolltätigkeit, mehr qualifizierte Lebensmittelkontrollen, die verbindliche Einführung der Hygiene-Ampel.

WICHTIGE TERMINE

Buchpremiere

„Ein gewisser Herr Ramelow“:

Am Freitag, den 5. September, stellt der Eckhaus Verlag im Jugend- und Kulturzentrum mon ami in Weimar (Graben 6) sein neues Buch vor. „Ein gewisser Herr Ramelow“ von Stefan Wogawa widmet sich dem jahrelangen Kampf des LINKE-Politikers gegen die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz.

Bei der Premiere wird neben Bodo Ramelow auch Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, anwesend sein, der das Vorwort beigesteuert hat. Die Veranstaltung beginnt 13.00 Uhr, der Eintritt ist frei.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:
www.die-linke-thl.de

Beförderungen

Der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ralf Kalich, zu Informationen, wonach es direkt vor der Landtagswahl noch Beförderungen im Führungsbereich des Innenministeriums geben soll:

„Ich fordere eine klare Aussage vom Thüringer Innenminister dazu. Derartige Beförderungen schüren, insbesondere wenn sie kurz vor einem eventuellen Regierungswechsel erfolgen, den Verdacht, hier soll möglichst noch dem eigenen Parteibuch nahestehendes Personal in leitende Funktionen gehievt werden. Es ist an der Zeit, unwürdigem Postengeschacher und Günstlingswirtschaft in Thüringer Behörden und Ministerien ein Ende zu setzen.“

Rekommunalisierung

Mit dem Projekt „Das Öffentliche gehört uns“ hat die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag bei verschiedenen Veranstaltungen und Vor-Ort-Terminen das Thema „Rekommunalisierung“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Dazu fand jetzt eine Fachtagung in Arnstadt statt. Robert Kösling vom „Institut für urbane Infrastruktur“ berichtete über Rekommunalisierungsprojekte. Vorgestellt wurde der „Wolfhager Weg“ mit der Übernahme der Energieversorgung, -erzeugung und -vermarktung in der hessischen Kommune. Als Thüringer Beispiel wurde der Weg in das erfolgreiche Bürgerbegehren gegen die weitere Privatisierung der Abfallentsorgung im Ilmkreis vorgestellt.

Energiewende

Im Rahmen eines Fachgesprächs unter dem Titel „Mit Thüringer Bürgerinnen und Bürgern die Energiewende aktiv gestalten“ will die Linksfraktion im Thüringer Landtag Anforderungen an die Politik, Sichtweisen und Hemmnisse ausloten.

Sie geht dabei vom perspektivischen Ziel aus, dass die Energieversorgung in „Bürgerhand“ gehört. Zahlreiche Kommunen in Thüringen haben das inzwischen schon erkannt und nehmen die Energieversorgung selbst in die Hand.

Die Veranstaltung findet am 28. August in der Zeit von 14 bis 18 Uhr im Thüringer Landtag im Käthe-Duncker-Saal, dem Fraktionssitzungssaal der LINKEN, Raum 201, statt.